

Vergleichende Politikwissenschaft Zusammenfassung

1. Einleitung

Definition: Analyse und Vergleich der politischen Inhalte, Prozesse und Strukturen über mehrere Untersuchungseinheiten hinweg.

Entwicklung der Wissenschaft der Vergleichenden Politikwissenschaft:

- 50er: Nur deskriptive Analyse von politischen Systemen. Zu starke Ausrichtung auf die westliche Welt. Institutionalistische (juristische) Orientierung: Recht- und Verfassungslehre. Empirizismus: wenig theoriegeleitete Untersuchung. Vor allem Einzelfallstudien und Vergleiche mit wenigen Fällen.
- Ab ca. 60er: Behaviouralismus: Verhalten statt Strukturen, empirische Daten, Modellbildung, Deduktion, Falsifikationismus, Trennung von normativen und empirischen Aussagen.
- 70er: Rückkehr des rationalen Akteurs (Rational Choice), Kulturanalyse, „bringing the state back in“, Blüte makro-analytischer historischer Studien, Neo-Institutionalismus.
- 90er: Neue Akteure, Demokratisierung Osteuropas, ethnische und religiöse Konflikte.
- Zukünftig: Verknüpfung unterschiedlicher Analyseebenen, qualitativ/quantitativ, komparativ/historisch.

Strukturierung der VP

- Entweder nach Untersuchungsobjekten oder Theorien.
- Keine Theorie alleine ist nützlich (Katzenstein).
- Funktionalistische Wissenschaft (form (=Theorie) follows function (=Praxis)).
- Kein „battle of paradigms“ betreiben.
- 1. Unterscheidung: Akteur (rationalistisch), Struktur (strukturalistisch), Kultur (kulturalistisch).
- 2. Unterscheidung: Theoriensemantik
- 3. Unterscheidung: Konzeptueller Rahmen vs. Theorie („working assumptions“)
- 4. Unterscheidung: Induktion vs. Dekuktion (von Theorie bzw. konzeptueller Rahmen abhängig).
- 5. Unterscheidung: Akteure vs. System.

Erklärungsmodelle:

1. Strukturalistisch: Makrostruktur → Makrophänomen
2. Verhaltenstheoretisch: Makrostruktur → (Logik der Situation) Mikrostruktur → Mikrophenomen.
3. Sozialpsychologisch: Mikropsychologie → (Logik der Selektion) Mikrophenomen.
4. Handlungstheoretisch: Makrophänomen UV → (Logik der Situation) Mikrophenomen
UV → (Logik der Selektion) Mikrophenomen AV → (Logik der Aggregation)
Makrophänomen AV

Forschungsstrategien

1. Unterscheidung:

1. Einzelfall
2. Experiment
3. Statistische Methode
4. Vergleichende Methode

Unterkategorien der vergleichenden Methode:

- Method of agreement, most different system design.
- Method of difference, most similar system design.
- Method of indirect difference (doppelte method of agreement).

2. Unterscheidung:

Variablenzentrierte Strategie: Verallgemeinerung anhand von Variablen, vs. fallzentrierte Strategie: Spezifizierung von Fällen.

2. Rational Choice

Annahmen:

- Vollständige Information: Mögliche Handlungen sind bekannt.
 - Rationalität (Konsequenzialismus): Konsequenzen der Handlungen sind bekannt.
 - Nutzenmaximierung: Wahl der Handlung, die den grössten Nutzen erzeugt.
 - Eindeutige Präferenzordnung (Transitivität) der Handlungsalternativen.
- Homo Oeconomicus als Akteur in der Rational Choice Theorie.

Weiterentwicklung: unvollständige Information, Wahrscheinlichkeit, Ausweitung der Nutzenfunktionen.

Vorteile: Parsimony, einfache Operationalisierbarkeit, Falsifizierbarkeit, klare kausale Ableitung. Bei institutionalistischen Ansätzen: Institutionen, Normen, Kontextvariablen, Macht und Konflikt.

Nachteile: Mit Normen droht Tautologie (Unfalsifizierbarkeit); kognitive Rationalität (Nicht-Nutzenmaximierung kann rational sein); Akteure kennen nicht alle Handlungsoptionen; Framing von Handlungsoptionen; kollektive Interaktion vernachlässigt (≈ Kommunitarismuskritik).

Bounded Rationality: lockert Annahmen der Nutzemaximierung und vollständige Information. Beeinflussung der Akteure durch äussere und innere Umwelt.

→ Satisficing: Kurzfristig wichtiger als langfristig, keine gleichzeitige Erwägung von Handlungsoptionen, Selbstkonditionierung selektiver Information, kein Konsequenzialismus.

Beispiele des Rational Choice Ansatzes:

1. Downs ökonomische Theorie der Demokratie

Mithilfe ökonomischer Paradigmen Politik erklären. Akteure: Wähler und Parteien bzw. Politiker.

Nutzenfunktion der Wähler: Parteiendifferenzial, d.h. diejenige Partei wird gewählt, die den individuellen Nutzen des Wählers maximieren würde (falls sie regiert). Wählerpräferenzen sind unimodal, exogen und eindimensional (Links-Rechts). Ungelöst ist das Problem des Wahlparadoxes.

Nutzenfunktion der Partei: Ideologie bzw. Parteiprogramm als Werkzeug, um Stimmen zu maximieren. Nutzenfunktion der Politiker: Geld, Ruhm, Macht.

Kritik der problematischen Annahmen: Vernachlässigung von folgenden Punkten: sozialpsychologischer Variablen; Problemlösungskapazität der Parteien und Merkmale der

Politiker; Multidimensionalität der Wählerpräferenzen; Unterschied Amtsinhaber – Opposition; Policy-Motivation.

2. McCubbins/Schwartz: Police patrol vs. fire alarm

Principal-Agent Modell: Asymmetrische Information, Interessensdivergenz. Überprüfung der Wahrnehmung der Aufsichtsfunktion des Kongresses. → Der Kongress nimmt sie über fire alarm statt police patrol wahr: Die Kontrolle der Agenten (Exekutive/Bürokratie) durch den Prinzipal (Legislative/Kongress) erfolgt entweder mithilfe des police patrol-Mechanismus (permanente Kontrolle) oder dem fire alarm-Mechanismus (Kontrolle auf Abruf). Dabei kann es rational sein, Bürger und Interessengruppen zum fire alarm-Mechanismus zu motivieren, da dieser kostengünstiger ist.

3. Rational Choice Institutionalismus

Alter Institutionalismus: kontextuell (Gesellschaft und Politik als Einheit betrachtet), reduktionistisch (individualistischer Fehlschluss), utilitaristisch (Makropolitik als Summe der Eigeninteressen), funktionalistisch (Institutionen als Produkt einer Notwendigkeit), instrumentalistisch (Ausrichtung auf Prozesse ohne symbolischer bzw. kultureller Hintergrund).

Kritik am alten Institutionalismus: zu statisch, Ableitung der Mikrophenomene vom Makrophenomen.

Kritik an Behavioralismus und Rational Choice: Ableitung der Makrophenomen vom Mikrophenomen.

Neo-Institutionalismus: Institutionen als intervenierende Variable zwischen Mikrophenomen und Makrophenome; anti-kontextuell (Autonomie der Politik von der Gesellschaft), anti-reduktionistisch (beachtet Komplexität der Aggregation), anti-instrumentalistisch (d.h. Miteinbezug von symbolischem und kulturell bedingtem Handeln).

Unterscheidung drei Arten von Neo-Institutionalismus: RCI, historischer Institutionalismus, soziologischer Institutionalismus.

Rational Choice Institutionalismus (RCI): Entstehung von Institutionen, um Versagen auf dem politischen Markt z.B. in Form von Cycling (ständig wechselnde Koalitionen → Instabilität) zu lösen. Institutionen machen Kooperation bzw. ein „strukturinduziertes Gleichgewicht“ (Einschränkung der Handlungsalternativen durch Institutionen schafft ein Gleichgewicht) möglich.

Da Institutionen das Ergebnis von Verhandlungen sind, schaffen sie nicht automatisch optimale Outcomes.

Funktionen von Institutionen im RCI: relevante Akteure bestimmen, Handlungsalternativen bestimmen, erlaubte Interaktionsweisen bestimmen, lösen Frage der Machtverteilung, symmetrische Information schaffen.

Veränderungen von Institutionen im RCI: Im Wettbewerb der Akteure werden Institutionen verändert, um neue Präferenzordnungen ins Gleichgewicht zu bringen.

Definition von Institutionen im RCI: Formelle und informelle Spielregeln (Prozeduren, Praktiken, Normen, Konventionen) des politischen Prozesses.

Eigenschaften des RCI: methodologischer Individualismus, exogen gegebene Präferenzen, kurzer Zeithorizont, Institutionen als IV, Lösen Verteilungskonflikte bzw. kollektive Dilemmata, Institutionen reduzieren Transaktionskosten, deduktives Vorgehen.

Beispiel für RCI:

Tsebelis: Vetospielertheorie

Definition Vetospieler: Akteur, dessen Zustimmung notwendig ist für einen Politikwandel. Es gibt institutionelle (von der Verfassung bestimmt) und Partei-Vetospieler (durch den politischen Prozess bestimmt).

AV: Politikwandel. Operationalisierung anhand von Win-Set: Politikbereich, bei dem kein Akteur sein Veto einlegt.

→ Je grösser das Win-Set, desto mehr Politikwandel; je mehr und je stärker die Vetospieler, desto kleiner das Win-Set; je grösser die Distanz zwischen Vetospieler, desto kleiner das Win-Set.

Zusammenfassend: rational handelnde Akteure, kollektives Dilemma (Aggregation der Eigeninteressen führt zu suboptimalen Outcomes), strategische Interaktion als Triebfeder, strukturinduziertes Gleichgewicht als Erklärung der Institutionenbildung.

4. Historischer Institutionalismus

Ursprung: marko-analytische strukturalistische vergleichende Geschichtsschreibung.

UV: umfassende Prozesse („huge processes“: kapitalistische Entwicklung, Marktrationalität, Staatsformung, Säkularisierung, Revolutionen, etc.), die menschliche Identitäten, Interessen und Interaktionen bestimmen.

Historischer Institutionalismus (HI): Verkürzung des Zeithorizonts, weniger Variablen, Institutionen prägen individuelle und aggregierte Interessen.

Grundlegende Eigenschaften des historischen Institutionalismus: Breiterer Institutionenbegriff als RCI, Pfadabhängigkeit, Institutionen sind historisch gewachsen und müssen nicht rational sein.

Es gibt zwei Arten, die Mikro-Makro-Beziehung (Micro Foundations) zu konzeptualisieren:

1. calculus approach: instrumentalistisch und rationale Mikro-Makro-Beziehung.
2. cultural approach: wertrationale und kulturelle Mikro-Makro-Beziehung.

→ HI benutzt beide.

Akteurspräferenzen: Sie sind „sticky“ (starr, unflexibel), da Institutionen unflexibel sind, z.B. Vetopunkte im Gegensatz zu Vetospieler.

Machtungleichgewichte: Institutionen schaffen politische Möglichkeitsstrukturen („political opportunity structures“), die Machtungleichgewichte anhand der drei Dimensionen von Macht (Entscheidungen beeinflussen, Entscheidungen verhindern, Bevorzugung bzw. Benachteiligung durch Institutionen) bewirken.

Definition Pradabhängigkeit: Kontextabhängigkeit von Outcomes. History matters (frühere Etappen prägen spätere Etappen). Zwei Phasen: kritischer Moment (Weichenstellung, abrupte

potentielle Pfadänderung, „window of opportunity“, inkrementelle Phasen (Selbstverstärkende Feedbackeffekte, stabilisierend).

Zwei Arten von Feedback: funktionale Effekte (Anreiz zur Kooperation mit Institutionen, Responsivität von Institutionen), distributive Effekte (politische Möglichkeitsstrukturen).

Kritik: Zu voluntaristisch (zufällige bzw. willkürliche Pfadwahl im critical juncture), zu deterministisch (Vernachlässigung von negativem Feedback). Mögliche Lösung:

Systematisierung der critical junctures, Berücksichtigung von Institutionenmodifikationen.

Elemente der Pfadabhängigkeit: Existenz multipler Equilibria, Kontingenz, Timing, Trägheit.

Vergleich RCI und HI: Tabelle Seite 33.

Die drei Institutionalismen sind sehr schwierig zu unterscheiden: keine Theorie vs. Empirie Polarisierung.

Unterschiede: Zwischen Induktion (HI) und Deduktion (RCI). HI hat eher endogene Präferenzbildung. HI untersucht eher auf Makro-Ebene, RCI auf Mikro-Ebene. RCI erklärt die Entstehung von Institutionen funktionalistisch, HI eher kontextgebunden. RCI Betonung auf Gleichgewichtsordnung (kurzfristig), HI auf historische Prozesse (langfristig). Die Funktionen von RCI-Institutionen sind kohärent, diejenigen von HI sind (aufgrund der historischen Entwicklung) inkohärent. Im RCI erzeugen Institutionen ein Gleichgewicht, im HI erzeugt ein gesellschaftspolitisches Gleichgewicht die Institutionen.

Kritik am HI: Schwierige Falsifizierbarkeit (Gefahr der Tautologie), stark kontextabhängig, schwer zu verallgemeinern → schwierige Theoriebildung.

5. Politische Kultur: Einstellungs-Politische Kultur

Neue Variable: Kultur prägt Verständnis von politischen Handlungen und politische Handlungen selbst. Politische Outcomes werden nicht von politischen Eliten oder Institutionen erzeugt, sondern von der Kultur der Bürger.

Zwei Kulturkonzepte:

1. Subjektive Perspektive: Individuelle Einstellungen und Kompetenzen (Weltanschauung) prägen das politische Verhalten von Individuen (Einstellungs-Politische-Kultur).
2. Intersubjektive Perspektive: Sozialkapital bzw. Bürgerkultur („civic culture“) prägen das politische Verhalten und makropolitische Outcomes.

Kongruenz-Theorie: Politische Prozesse und Institutionen müssen mit Orientierungen der Bürger übereinstimmen. Diese werden von den nicht-politischen Institutionen (Familie, Schule, Arbeitsplatz, etc.).

Drei Dimensionen der politischen Kultur auf Mikroebene (Almond und Verba 1963):

- kognitiv: Informationsstand des Bürgers.
- affektiv: Glaube ans System.
- evaluativ: Kenntnis der Partizipationsmöglichkeiten im System.

Drei Arten von aggregierten politischen Kulturen (Makroebene):

- lokale Kultur („parochial culture“): beschränkter politischer Horizont.
- Untertanenkultur („subject culture“): geringe Partizipation.
- Teilnehmerkultur („participant culture“): kompetente und partizipative Bürger.

→ Auswirkungen auf das politische System: Tabelle Seite 40.

Mischkultur: In allen demokratischen Staaten sind alle drei politischen Kulturen enthalten und gleichen sich aus. Drei Gleichgewichte, die dadurch aufrechterhalten werden: Macht und Responsivität, Konsens und Konflikt, Affektivität und Affektneutralität.

Kritik: Ethnozentrismus, fragwürdige Aggregation der individuellen politischen Kultur, eng gefasstes Kulturkonzept.

Drei Ansätze, um das Funktionieren der Demokratie (AV: effektive Demokratie) zu erklären:

1. Legitimitätsansatz: Loyalität zum System. → Kein signifikanter Zusammenhang zwischen Loyalität bzw. öffentlichem Vertrauen und demokratischer Leistung.
2. Kommunitaristischer/Sozialkapital-Ansatz: Loyalität zur Gemeinschaft (civic values). → Nur teilweise signifikant (zwischenmenschliches Vertrauen).
3. Human Development-Ansatz: Emanzipation vom System und der Gesellschaft (& civic values). → Signifikanter Zusammenhang.

Weitere Befunde der politischen Kulturforschung: Entwicklung hin zu kritischer Auseinandersetzung der Bürger mit der Demokratie (neue Partizipationsmöglichkeiten).

Kausaltrichter: Individuelle Wertorientierungen, von der Sozialstruktur gebildet (UV) → psychologische Aspekte (politische Einstellung als IV) → politisches Verhalten (AV).

Kritik am Kausaltrichter: Vernachlässigung der UV; Fokus zu stark auf IV, welche faktisch als UV gebraucht wird.

Ingleharts Theorie des Wertewandels:

Die Theorie des Wertewandels leitet sich direkt aus der Kritik am Kausaltrichter ab: ökonomische Struktur → individuelle Wertorientierungen gemäss Maslow-Pyramide.

Zwei Annahmen: Wertorientierung durch Knappheit bestimmt; Wertrangordnung widerspiegelt die Sozialisation in der Adoleszenz.

→ Kultur als konservatives (Veränderungs-averses) Element.

Maslow-Pyramide auf politische Werte angewendet: materielle (Sicherheit, Nahrung, etc.) und postmaterielle Werte (Selbstverwirklichung, Beteiligung, intellektuelle Bedürfnisse, etc.) werden unterschieden.

→ Gesellschaftlicher Wertewandel: materiell → postmaterieell; autoritär → libertär; rechts → links; alte Partizipationsformen → neue Partizipationsformen.

Postmodernismusstudie (Inglehart): modifizierte Form der Modernisierungstheorie.

Empirische, globale Bestätigung der Theorie des Wertewandels. Jedoch unterscheidet er zwei zentrale Wandlungsprozesse: Modernismus (Übergang von traditioneller zur Industrie- und Bürokratiegesellschaft) und Postmodernisierung (Übergang von autoritärer und hierarchischer Industriegesellschaft zur postmodernistischen Gesellschaft).

Kritik an der Theorie des Wertewandels: Weiterhin Links-Rechts-Konflikt; Fusion von Materialisten und Postmaterialisten im Gegensatz zur Ablösung der Materialisten von den Postmaterialisten; bei weiterer ökonomischer Entwicklung kommt es zu einer Verlangsamung des Trends hin zum Postmaterialismus; Andere Elemente als bloss die ökonomische, um den Postmaterialismus zu erklären.

6. Politische Kultur: Symbolsysteme und Identität

Kultur wird in sozialen Interaktionen reproduziert und ist nicht eine Eigenschaft von individuellen Akteuren (intersubjektive Perspektive). Kultur als gemeinsamer Erfahrungsschatz. Individuelle Handlungen sind durch die kulturellen Möglichkeitsstrukturen determiniert (Kultur als „tool kit“).

Kultur als Symbolsystem (ethnologisch-soziologische Perspektive): Kultur als System von Bedeutungen, die in Symbolen verkörpert sind. Diese Symbole dienen dazu, Wissen und Einstellungen zum Leben zu kommunizieren.

Semiotische Praktiken als unterscheidendes Element der intersubjektiven Perspektive: Sinngebung und Verständlichkeit von sozialen Handlungen, d.h. Traditionen, Gewohnheiten, Fähigkeiten, Stile.

Kultur konstituiert individuellem Verhalten, Institutionen und Sozialstruktur. Kultur äussert sich in Normen, die Interaktionen strukturieren.

Der soziologische Institutionalismus (SI): Institutionen als kulturelle Praktiken; Normen, Regeln, Kultur. Drei Aspekte:

1. Breiter Institutionenbegriff: Symbolsysteme, kognitive Schemata, normative Modelle → Kultur.
2. Kognitive Wirkung von Institutionen: Institutionen als UV, die die Präferenzen determinieren.
3. Ursprung und Wandel von Institutionen aufgrund von sozialer Legitimität, kognitiven Prozessen und Mythologisierung.

Fünf Funktionen von Kultur:

1. Kultur ordnet die politischen Prioritäten.
2. Kollektive Identität (=Kultur) bestimmt vernünftige und unvernünftige Handlungen.
3. Kultur spezifiziert Erwartungen in interkulturellen Beziehungen.
4. Kultur regelt die intrakulturellen Beziehungen mithilfe von semiotischen Praktiken.
5. Kultur als Instrumente zur Organisation und Mobilisierung.

Kritik am intersubjektiven Kulturansatz: Schwierige Operationalisierung; Abgrenzung von Kulturen (Vorrangigkeit einer Identität bei Multiplen Identitäten als Gegensatz); Statik des Kulturbegriffs (Unabhängigkeit der Handlungen in Krisenperioden als Gegensatz); Keine Kausalerklärungen; Unklare Abgrenzung von Struktur und Verhalten.

„Dichte Beschreibung“ (Ethnographie) als Ergebnis der konsequenten Fortführung der Kulturanalyse.

Kultureller Ansatz und Rational Choice (Das zweite Gesicht der Kultur): Weitere Identitäten als nur die „ethnische“ existieren, die strategisch zu politischen Zwecken gewählt wird.

7. Theorien zur Policy-Analyse

Definition von Policy-Analyse: Untersuchung des Inhalts, Zustandekommens und der Umsetzung von Policies. Drei Dimensionen von Politik: Policy, Politics, Polity.

Der Policy-Zyklus (Phasenheuristik): Prozessorientierte Konzeptualisierung, wobei folgende Phasen unterscheidet:

1. Problemerkennung: Agenda-Setting

2. Vorschlag von Lösungen: Policy Formulierung
3. Wahl einer Lösung: Entscheidung
4. Anwenden der Lösung: Implementation
5. Monitoring: Evaluation.

Auslöser von Politikprozessen: sozialer, ökonomischer und technologischer Wandel.

Kritik am Policy-Zyklus: Fragliche Ursachen der Problemerkennung; keine Kausalzusammenhänge zwischen den Phasen; kaum überprüfbare Hypothesen; einzelner Zyklus isoliert betrachtet; Vernachlässigung der anderen Policy-Entwicklungen.

Drei Ansätze, die Ideen, Informationsverarbeitung und Politiklernen berücksichtigen: Agenda-Setting Ansatz, Punctuated Equilibrium, Advocacy-Koalitionen.

Agenda-Setting Ansatz: Beachtet Rationierung und Verteilung von Aufmerksamkeit, Problemdefinition und Art und Vorgehen der Lösungsfindung. Annahme der Uneindeutigkeit: Irrationalität der Akteure, keine klaren Präferenzen, wechselnde Koalitionen.

Anstatt dem Modell des rationalen Handelns kommt das „garbage can“-Modell zum Zug: Die drei Ströme Problem, Policy und Politics werden von politischen Akteuren in einem kritischen Moment verbunden und so in das Zentrum der Aufmerksamkeit der Policy-Macher gerückt.

Punctuated Equilibrium Ansatz (PE): Unterkategorie des Agenda-Setting Ansatzes. Der PE-Ansatz stellt die Verteilung der Aufmerksamkeit in den Vordergrund. Nach dem PE-Ansatz werden lange Perioden mit inkrementellen Veränderungen (policy equilibrium) der Policy-Subsysteme von kurzen Phasen radikaler Veränderungen (punctuation) abgelöst. Die radikale Veränderung wird von oppositionellen Koalitionen herbeigeführt.

Policy Ideen und Institutionen stabilisieren ein das Policy Equilibrium, sodass das Policy Monopol aufrecht erhalten wird. Diese Ideen und Institutionen entsprechen also einem negativen Feedbackprozess. Im Gegensatz dazu stehen positive Feedbackprozesse: Verstärkung eines Policy-Trends, Aufmerksamkeitsverschiebung.

Advocacy-Koalitionen Ansatz (AKA): Langfristige Analyse von Policy-Entwicklung. Drei Grundannahmen:

1. Lange Zeitperspektive von Policy-Wandel. Policy-orientiertes Lernen: Advocacy-Koalitionen adaptieren die Policies aufgrund Veränderungen in der Umwelt und dem Austausch untereinander.
2. Betrachtung von Policy-Subsystemen.
3. Bedeutung von Belief-Systems.

Hierarchisch strukturiertes Modell eines Ideensystems:

- Grundwerte (deep core).
- Policykern (Politische Positionen).
- Sekundäre Aspekte (Instrumente und Informationsprozesse).

Je tiefer die hierarchische Stufe, desto flexibler, weil sie stärker von empirischer Evidenz beeinflusst sind und weniger stark in der Advocacy-Koalition verankert.

Externe Effekte (ökonomische und politische Veränderungen) beeinflussen die Machtverhältnisse in und zwischen den Advocacy-Koalitionen. Innerhalb der Advocacy-Koalitionen führen sie zu inkrementellen Veränderungen (Veränderung der sekundären Aspekte), zu Veränderungen im Policykern und paradigmatische Veränderungen (Grundwerte).

Policy-Netzwerke: Spannungsfeld zwischen Korporatismus und Pluralismus.